

Bildungspolitische Tagung

Dokumentation

29. Juli - 02. August 2021

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Studentisches Engagement im Wandel der Zeit

Studentisches Engagement früher und heute

- Kaum Mitwirkungsmöglichkeiten in der frühen „Professoren“-Universität
- Idee einer einheitlichen Organisation als Studierendenschaft zu Beginn des 19. Jahrhunderts
- Gründung erster Allgemeiner Studierendenausschüsse (ASten) um 1900
- Gründung der Deutschen Studentenschaft als Dachverband der lokalen ASten 1919

Studentisches Engagement früher und heute

- Verfasste Studierendenschaften im öffentlich-rechtlichen Sinne um 1920 in Preußen
- Schwerpunkt: nationalpolitische Erziehung der Studierendenschaft
- Organisation der Studierendenschaften nach dem Führerprinzip und Eingliederung in den NS-Staat nach der Machtübergabe an die Nationalsozialist*innen
- Wiedergründung von ASten im Wege von Re-Education-Programmen der Alliierten

Studentisches Engagement früher und heute

- Weiterentwicklung der Hochschulen zu Gruppenhochschulen mit paritätischer Mitwirkung aller Statusgruppen
- Mitwirkung von verfassten Studierendenschaften in fast allen Bundesländern
- ASten und Studierendenräte als lokale Vertretungen
- Zusammenschlüsse auf Landesebene
- fzs als bundesweite Vertretung (privatrechtlich organisierter Verein)

Möglichkeiten des Engagements

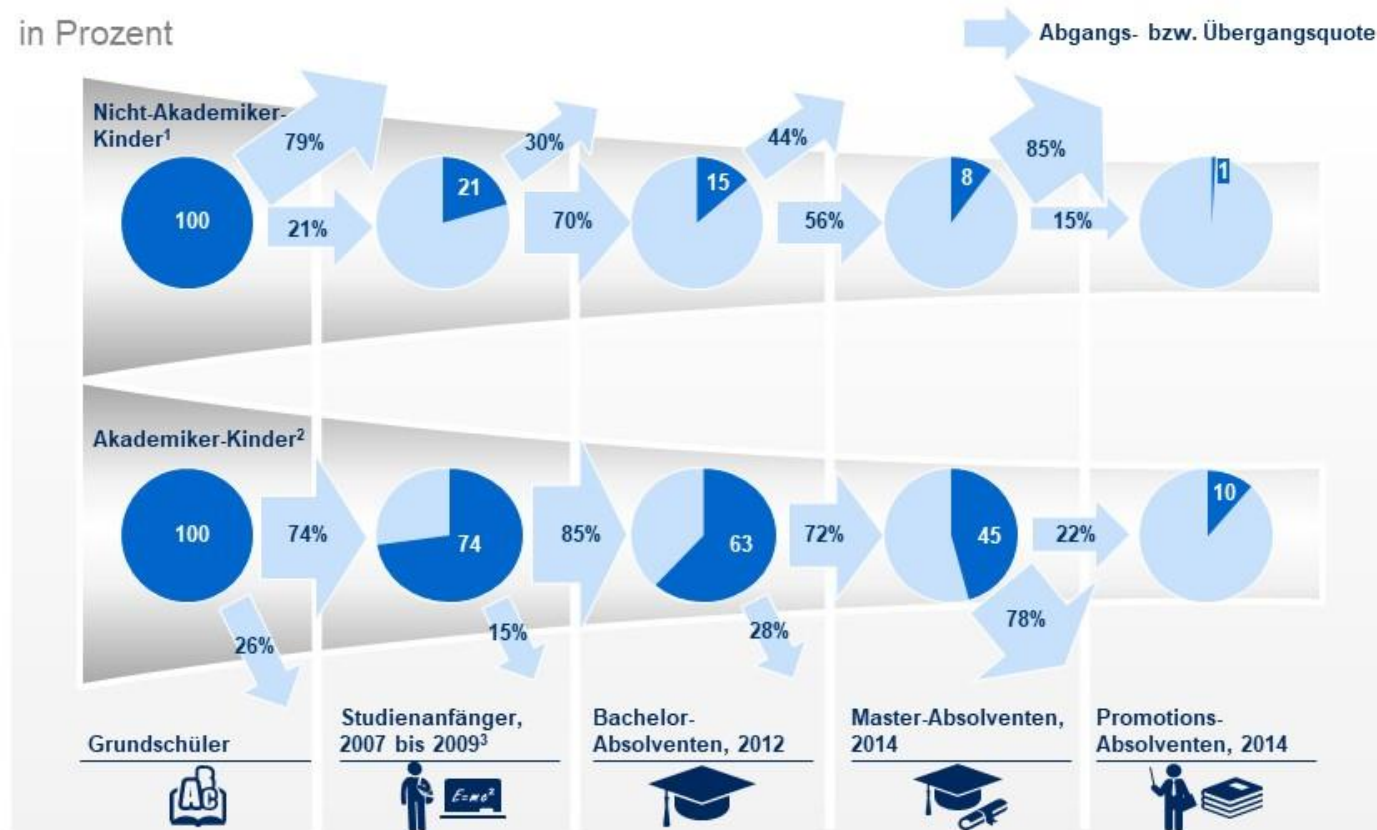
World Café: Wo kann ich mich wie engagieren?

- Studentische Selbstverwaltung
 - Fachschaften
 - ASten
 - StuRä
- Akademische Selbstverwaltung
 - Fachbereichsräte
 - Senate
 - Hochschulleitungen (im Wege studentischer Prorektor*innen)
- Studierendenwerke
 - Lokale Studierendenwerke
 - DSW
- Bündnisse

Vortrag: Wie gelangen Kinder aus Nicht-Akademiker-Familien an die Hochschulen?

Nur 21 von 100 Nicht-Akademiker-Kindern gehen an eine Hochschule, acht erwerben den Master, eines den Dokortitel

in Prozent



¹ Nicht-Akademiker-Kinder: kein Elternteil mit Hochschulabschluss; ² Akademiker-Kinder: mindestens ein Elternteil mit Hochschulabschluss; ³ Mittelwert zweier Erhebungen

QUELLEN: 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks; Briedis et al. 2014: Berufswunsch Wissenschaft; Kooperationsprojekt Absolventenstudien 2016, 2014; Nationaler Bildungsbericht 2016; Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2017; Statistisches Bundesamt (mehrere Jahre).

Gründe für Nichtaufnahme eines Studiums

- Angst vor Verschuldung
- Fremdheit des akademischen Habitus
- Unkenntnis der Voraussetzungen
- Unkenntnis der Berufsaussichten

Ideen für die Öffnung der Hochschulen für alle

- Mentoring-Programme
- Ausbau der staatlichen Studienfinanzierung
- Beratungs- und Unterstützungsangebote durch Hochschulen und Studierendenwerke
- Beratung schon in der Schulzeit

Qualifizierung für das hochschulpolitische Engagement

Antragswerkstatt

- Ältere Anträge als Vorlage nutzen
- Formelle Vorgaben bei der Hochschulverwaltung erfragen
- Forderungen an den Anfang stellen; Begründung danach
- Gegenargumente vorwegnehmen und entkräften
- Finanzierungsvorschläge unterbreiten

Öffentlichkeitsarbeit in der Studierendenvertretung

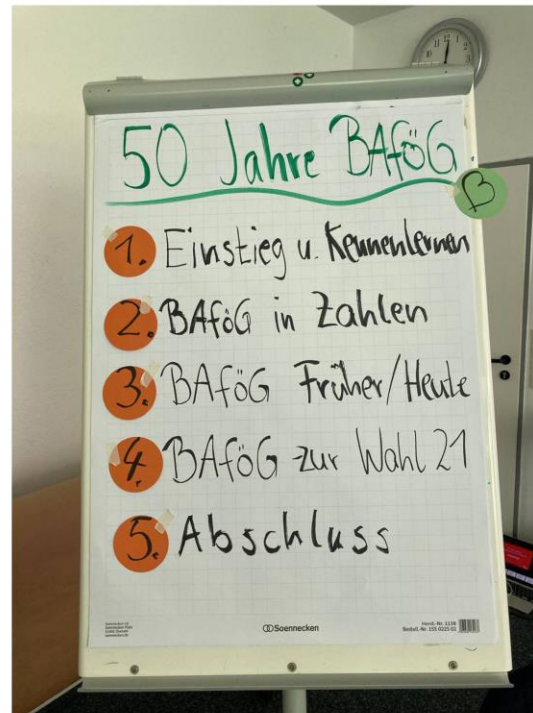
- **Voraussetzung**
 - Hochschulpolitisches Mandat: Studierendenvertretungen als Körperschaften des öffentlichen Rechts ist es verboten, sich allgemeinpolitisch zu äußern.
 - Arg: Zwangsmitgliedschaft und die negative Meinungsfreiheit der Mitglieder
- **Workshop**
 - Grundlagen der internen Kommunikation
 - Social Media als Mittel der Öffentlichkeitsarbeit
 - Das gute Bild: Grundlagen der Fotografie
 - Pressemitteilungen und Pressetermine

Politische Bildungsarbeit an der Hochschule

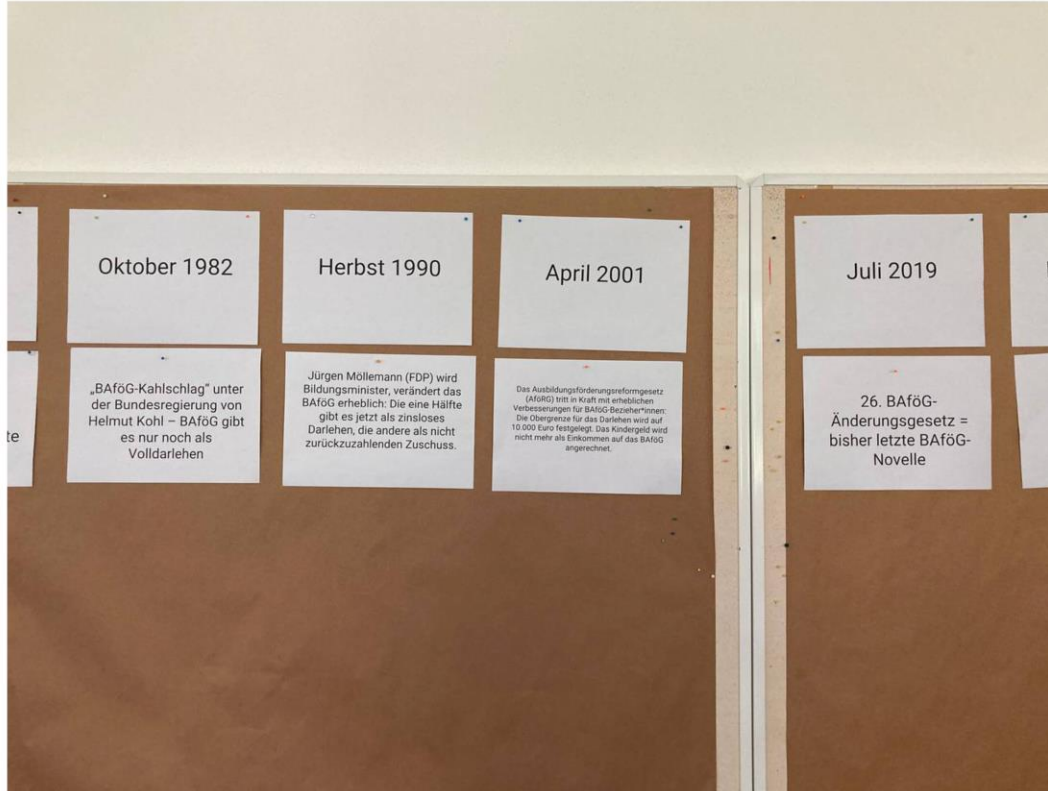
- Verankerung politischer Bildung in den Fachinhalten der Studiengängen, um das Studium besser in seinen gesellschaftlichen Kontext einzubetten
- Ermöglichung der Wahrnehmung breiter „überfachlicher“ Angebote im Rahmen des Curriculums
- Stärkung studentischer Selbstverwaltung
- Partizipationsmöglichkeiten und Selbstbestimmung den Studierenden deutlich machen und ermöglichen
- **langfristig:** Einführung eines allgemeinpolitischen Mandats für Studierendenschaften, um die künstliche Trennung zwischen Hochschul- und Allgemeinpolitik aufzuheben
- **langfristig:** Demokratisierung der Hochschulen und Ausbau der existierenden Beteiligungsmöglichkeiten

Vortrag: „Studienfinanzierung: BAföG, Stipendien und Co.“

Vortrag: „Studienfinanzierung: BAföG, Stipendien und Co.“



1. September 1971	1. Oktober 1971	1972	1974
Inkrafttreten des BAföG	Erstmalige Auszahlung des BAföG	44,6 Prozent aller Studierenden mit BAföG- Zahlungen gefördert – ein Höchststand, der nie wieder erreicht wird	Einführung eines festen Darlehensbetrags trotz heftiger Proteste





Zahl der Studierenden, die BAföG-Leistungen erhalten	durchschnittlicher monatlicher BAföG-Förderbetrag pro Student*in	BAföG-Förderquote	Für BAföG im Bundeshaushalt 2019 vorgesehener Betrag	Für BAföG im Bundeshaushalt 2019 abgerufener Betrag
489.313	514 Euro	12 Prozent	1,56 Milliarden Euro	990 Millionen Euro

Sozialberatung an der Hochschule

Sozialberatung an der Hochschule

Beratungsangebote an Hochschulen werden vor allem von Studierendenschaften, Hochschulverwaltungen und den Studierendenwerken getragen. Sie sind wesentlicher Bestandteil der sozialen Infrastruktur an Hochschulen.

Gemeinsames Ziel: Absicherung der sozialen und wirtschaftlichen Situation von Studierenden, um ihnen eine konzentriertes und erfolgreiches Studieren zu ermöglichen

Mögliche Beratungen:

- Akademische Auslandsämter
- Beauftrage der Hochschulen für Studierende mit Behinderung
- Gleichstellungsbeauftragte
- Familienservicebüros
- Studierendeninitiativen
- Psychologische Beratung
- Hochschulgemeinden
- Verfasste Studierendenschaften
- Schuldenberatung
- Schwangerschaftskonfliktberatung

Sozialberatung an der Hochschule

Wenn gute Beratung sichergestellt ist, können Studierende soziale Herausforderungen im Studium bewältigen. Dafür braucht es gut ausgebildete Berater*innen aber auch eine umfassende Unterstützung und gute Vermittlung der Ratsuchenden zu den verschiedenen spezialisierten Beratungsstellen.

Sozialberater*innen sind oft die Experten*innen am jeweiligen Hochschulstandort für juristische und soziale Sonderregelungen für Studierende. Die Sozialberatungsstellen stehen daher oft auch im fachlichen Austausch mit Behörden. Eine besondere Form dieses fachlichen Austauschs sind institutionalisierte Formen wie beispielsweise Runde Tische.